

Mündliche Frage von Herrn Braun an Herrn Minister Paasch zur Auswertung der gemeinschaftsinternen und -externen Datenerhebung zu den unmittelbaren und mittelbaren Kosten des Schulbesuchs auf den unterschiedlichen Schulebenen

Behandelt in der Plenarsitzung vom 24. September 2012

HERR SCHRÖDER, Präsident: Gemäß Artikel 71 der Geschäftsordnung eröffne ich die Fragestunde. Wir kommen zur Frage von Herrn Braun an Herrn Minister Paasch zur Auswertung der gemeinschaftsinternen und -externen Datenerhebung zu den unmittelbaren und mittelbaren Kosten des Schulbesuchs auf den unterschiedlichen Schulebenen. Herr Braun hat das Wort.

HERR BRAUN (*vom Rednerpult*): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen aus Regierung und Parlament! Jedes Jahr zu Beginn des Schuljahres bzw. bereits während der Sommermonate sind die Ausgaben für den Schulbeginn Thema in der Presse, aber hauptsächlich in den Familien. Jedes Jahr aufs Neue gibt es in manchen Familien Erstaunen und Kopfzerbrechen und in vielen Schulen Lehrer, die sehr engagiert und kreativ versuchen, diese Unkosten im Sinne der Chancengleichheit so niedrig wie möglich zu halten.

Bereits vor 14 Jahren wurde im Grundlagendekret vom 31. August 1998 festgelegt, dass das Parlament auf Vorschlag der Regierung eine Liste der Dienstleistungen und Lernmittel festlegen soll, für die die Schule von den Erziehungsberechtigten eine Entschädigung verlangen kann. Dabei darf es sich jedoch lediglich um den Selbstkostenpreis handeln.

Die Festlegung dieses klaren gesetzlichen Rahmens wird nun endlich durch das Teilprojekt 21 im REK in Angriff genommen und soll pünktlich kurz vor den nächsten Parlamentswahlen in Form eines Dekretentwurfs gesetzlich verankert werden. Laut Planung müssten nun sowohl die Erhebung der Kosten als auch die Auswertung beendet sein.

Deshalb meine Fragen an Sie, Herr Minister: Hat diese Bestandsaufnahme auf den verschiedenen Schulebenen im Jahr 2011 stattgefunden? Wurde die Auswertung der Daten wie geplant im ersten Halbjahr 2012 vollständig abgeschlossen? Wann werden die Ergebnisse den Gemeinschaftsabgeordneten unterbreitet? Bisher gab es eine grobe Schätzung der Kosten, die ab Inkrafttreten des Dekrets nicht mehr von den Eltern, sondern von der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu tragen sein werden. Ist diese Summe im Anschluss an die Auswertung der Erhebung angepasst worden? Wenn ja, wie hoch ist diese Schätzung? Wenn nein, wann ist mit einer genaueren Einschätzung zu rechnen? Ich danke Ihnen für Ihre Antwort!

HERR SCHRÖDER, Präsident: Herr Minister Paasch hat das Wort.

HERR PAASCH, Minister (*vom Rednerpult*): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ihre erste Frage, Kollege Braun, kann ich mit einem eindeutigen Ja beantworten. Wie es im Regionalen Entwicklungskonzept vorgesehen ist, haben wir eine Untersuchung zum Thema der Schulbesuchskosten durchgeführt. Dabei haben wir insgesamt 1.009 Erziehungsberechtigte von Kindern und Jugendlichen in Primar-, Sekundar- und Förderschulen nach den Kosten befragt, die sie für den Schulbesuch ihrer Kinder aufzubringen haben. Insgesamt haben 29,04 % der Befragten schriftlich auf unsere Fragen geantwortet. Das ist eine überdurchschnittlich große Rücklaufquote, für die ich mich bei den Eltern bedanke.

Eine erste grobe Auswertung erfolgte relativ zeitnah noch im Jahr 2011 nach Erhalt der Fragebögen. Pro Netz, Studienrichtung und Schulebene wurden die Fragebögen danach näher unter die Lupe genommen und entsprechend eingeordnet. Dann wurden die Resultate zusammengefasst und Trends ermittelt. Gerne nutze ich die Gelegenheit, um heute im Rahmen der begrenzten Redezeit auf einige dieser Ergebnisse einzugehen.

Die Beteiligung der Eltern an der Erhebung war vor allem im Sekundarschulwesen besonders hoch. Das ist offensichtlich kein Zufall, denn zahlreiche Antworten deuten darauf hin, dass die Schulbesuchskosten besonders die Eltern von Sekundarschülern belasten.

Im Sekundarschulwesen fallen vor allem die hohen Kosten für Klassenfahrten auf. Einige Eltern geben an, dafür bis zu 1.000 Euro bezahlen zu müssen. Fotokopien sind offensichtlich auch ein ernstzunehmender Kostenfaktor. Eltern von Sekundarschülern gaben an, im Jahr bis zu 160 Euro für Fotokopien aufbringen zu müssen.

Die Kosten für Schultaschen werden ebenfalls als belastend empfunden. Sie liegen meistens bei über 50 Euro. Für die Sportkleidung ihrer Kinder genauso wie für Schulmahlzeiten müssen Eltern mitunter sehr viel Geld ausgeben. Eltern von Sekundarschülern geben an, dafür im Jahr bis zu 600 Euro zu bezahlen.

Klassenfotos werden als Kostenfaktor angegeben. Bücherkosten fallen zum Teil erheblich ins Gewicht, vor allem auch wiederum im Sekundarschulwesen.

Der Schwimmunterricht wird ebenfalls als teurer Faktor empfunden – übrigens auch im Primarschulwesen.

Die Kosten für private Nachhilfestunden – immerhin zwischen 10 und 25 Euro pro Stunde – sind in vielen Fällen ein wirkliches Problem – übrigens nicht nur ein finanzielles, denn mit dem Thema der privaten Nachhilfe und auch der Hausaufgabenpraxis insgesamt müssen wir uns nach meiner Überzeugung sehr ernsthaft beschäftigen. Hier liegt nämlich einiges ganz gehörig im Argen.

Insgesamt geben die meisten Eltern an, beim Kauf von Schulmaterial häufig auf den günstigsten Preis zu achten und auf Markenartikel zu verzichten.

Größere Ausgaben werden im Allgemeinen von den Schulen frühzeitig bekannt gegeben. Viele Primarschulen haben bereits ein eigenes gemeinsames Sparsystem.

Positiv aufgefallen ist uns die hohe Informatisierungsrate inklusive Internetzugang in den Haushalten der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Dazu liefert die Umfrage detaillierte Angaben. Signifikante Unterschiede zwischen den einzelnen Netzen gibt es manchen Gerüchten zum Trotz offenkundig nicht.

Wie gesagt, es handelt sich hierbei nur um einige Beispiele. Zurzeit sind wir noch dabei, einige zusätzliche Feinanalysen durchzuführen.

Selbstverständlich, Kollege Braun, bin ich gerne bereit, gewillt und in der Lage, über die Ergebnisse dieser Untersuchungen im Ausschuss detailliert Bericht zu erstatten, sobald es die Terminplanung des Ausschusses erlaubt.

Auf Ihre vierte und letzte Frage, ob unsere Schätzungen im Anschluss an die Auswertung der Erhebung angepasst worden sind, muss ich Ihnen antworten, dass wir unsere Schätzungen bislang nicht angepasst haben. Wie Sie wissen, bemühen wir uns schon seit einigen Jahren, den Zugang zum Unterricht kostengünstiger zu gestalten. So haben wir beispielsweise entschieden, als Gemeinschaft die Schulbeförderungskosten für die Kinder bis zum 12. Lebensjahr integral zu übernehmen. Mittlerweile übernehmen wir auch 50 % aller Schulbeförderungskosten für die Jugendlichen zwischen 12 und 24 Jahren. Alleine

diese beiden Maßnahmen kosten die Deutschsprachige Gemeinschaft mehrere 100.000 Euro pro Jahr. Wie Ihnen bekannt ist, wurde die Beteiligung der Deutschsprachigen Gemeinschaft an den Studiengebühren ebenfalls um fast 15 % erhöht.

Natürlich würden auch wir gerne noch mehr tun. Wie viel die Gemeinschaft jedoch zusätzlich zu all dem noch tun kann, hängt weniger von dieser Erhebung der Kosten ab. Das ist vor allem eine Frage der finanziellen Möglichkeiten. Ich verrate Ihnen mit Sicherheit kein Geheimnis, wenn ich Ihnen sage, dass uns die aktuelle Entwicklung der Wirtschaftsparameter in unserem Land diese Aufgabe zurzeit nicht gerade erleichtert. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!
(Applaus bei ProDG, der SP und der PFF)

HERR SCHRÖDER, Präsident: Herr Braun, möchten Sie Stellung zur Antwort des Ministers nehmen? Dem ist nicht so.

Die Behandlung der Frage ist abgeschlossen.